



Die Pflegestützpunkte Was tun, wenn man Hilfe braucht?

Bereits sechs Jahre ist es her, dass die damalige Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt (SPD), das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz auf den Weg brachte, welches unabhängige wohnortnahe Beratungsangebote für alle Pflegeversicherten ermöglicht.

Diese sogenannten Pflegestützpunkte sind nicht nur Anlaufpunkt für Pflegebedürftige. Auch Angehörige finden hier Hilfe und Beratung.

Am 26. Juni wurde nun der dritte Stützpunkt in Treptow-Köpenick eröffnet. Er befindet sich im Friedrichshagener Myliusgarten. Gleich neben dem Kiezklub Vital bietet er ein niedrighschwelliges Angebot.

Im Rahmen eines Frühschoppens lädt Matthias Schmidt ein, die Arbeit der Pflegestützpunkte kennen zu lernen.

■ JD

**Sonntag, 13. Juli 2014,
ab 10:00 Uhr,
Ratskeller Köpenick
(Alt-Köpenick 21)**

Inhalt

Günstiger telefonieren in der EU	Seite 2
2,7 Mio. Euro mehr für den Sport	Seite 2
Mehr Geld für die Städtebauförderung	Seite 2
Unterstützung für das THW	Seite 3
Stromsparen leicht gemacht	Seite 3
Kopfpauschale wird abgeschafft	Seite 4

Büro eröffnet und Haushalt beschlossen

Die Arbeit in und für Treptow-Köpenick ist mir eine Herzensangelegenheit. Hier wohne ich, hier bin ich zu Hause. Meine ersten Jahre in der Politik war ich Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick. Die scheinbar kleinen Probleme in meinem Bezirk interessieren mich mindestens genauso wie die großen Debatten im Bundestag.

Damit Sie noch einfacher Ihre Anliegen, Sorgen und Probleme an mich herantragen können, habe ich im Rathaus Friedrichshagen am 28. Juni mein zweites Wahlkreisbüro eröffnet.

Zusammen mit meiner Kollegin aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, Renate Harant, freue ich mich besonders, dass ich mit dem Büro das alte, ehrwürdige Rathaus Friedrichshagen mit neuem Leben füllen kann. Nachdem die Polizei ausgezogen war, hatte sich die Bürgerschaft zusammengeschlossen und das Gebäude übernommen. Nun soll es Anlaufpunkt für alle Bürgerinnen und Bürger werden. Der erste Anlaufpunkt ist mit dem neuen Büro geschaffen. Karin Zehrer, selbst Mitglied in der Bezirksverordnetenversammlung, ist Ihre 1. Ansprechpartnerin während der Öffnungszeiten.

Aber nicht nur die Arbeit in Treptow-Köpenick beschäftigt mich. Ende Juni haben wir im Bundestag den Haushalt 2014 beschlossen. Es ist ungewöhnlich, dass der Haushalt 2014 in der Mitte des Jahres beschlossen wird. Aufgrund der Bundestagswahlen, den Koalitionsverhandlungen zwischen der SPD und der CDU/CSU und der Abstimmung der SPD-Mitglieder über die Koalition verzögerte sich die Bildung der Regierung und damit die Erarbeitung und Behandlung des Haushaltes.

Wie Sie sich vielleicht vorstellen können, ist es gar nicht so einfach bei knapp 300 Milliarden Euro die Übersicht zu behalten und auch die kleinen Dinge nicht aus dem Blick zu verlieren.

Es ist ein guter Weg der mit diesem Haushalt eingeschlagen wird. Die Neuverschuldung wird auf 6,5 Milliarden Euro reduziert. Damit ist sie so gering wie seit 40 Jahren nicht mehr. Im nächsten Jahr sollen gar keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. Den letzten Bundeshaushalt ohne neue Schulden gab es 1969.



Renate Harant (MdB) und Matthias Schmidt (MdB)
Foto: Karin Zehrer

Die Bundesregierung konsolidiert aber nicht nur den Haushalt. Vielmehr stärkt sie zugleich wichtige politische Schwerpunkte und weitet die Investitionen im Bundeshaushalt gezielt aus. Dazu zählen insbesondere die Städtebauförderung (Seite 2) und die Verkehrsinfrastruktur.

Außerdem stärkt die Bundesregierung wichtige Zukunftsbereiche, wie Bildung und Forschung mit rund 14 Milliarden Euro in 2014.

Ihr
Matthias Schmidt

Günstiger telefonieren in der EU

Der Euro-Tarif macht es möglich

Pünktlich zur Ferienzeit sinken die Gebühren für den Mobilfunk innerhalb der EU-Mitgliedsländer. Möglich macht das die EU-Roaming-Verordnung. So wird es preiswerter, im Urlaub mit dem Handy im Web zu surfen, Fotos zu verschicken oder soziale Netzwerke zu nutzen.

Anbieter dürfen künftig für abgehende Gespräche innerhalb der EU 19 Cent und für ankommende 5 Cent berechnen. Für mobile Datennutzung dürfen sie noch 20 Cent pro Megabyte und für das Senden einer SMS sechs Cent verlangen. Die Preise gelten jeweils zuzüglich Mehrwertsteuer. Es handelt sich hierbei um Preisobergrenzen; Betreiber können auch niedrigere Preise anbieten.

2007 führte die EU-Kommission den "Euro-Tarif" zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern ein. In der

Vergangenheit konnten die Unternehmen mit Roaming große Gewinne erzielen. Seither muss jedes Mobilfunkunternehmen mindestens einen Tarif mit den von der EU-Kommission verordneten Gebühren anbieten. Die EU-Kommission regelt die Preise fürs Roaming seither immer weiter herunter. Ab Dezember 2015 sollen Roaming-Aufschläge innerhalb der EU ganz entfallen.

Bei längeren Auslandsaufenthalten kann es sich lohnen, eine ausländische Prepaidkarte zu nutzen. Das ist vor allem für Vieltelefonierer interessant. Damit umgeht man bei Gesprächen innerhalb des Urlaublandes die teuren Roaming-Kosten und zahlt nichts für ankommende Gespräche. Allerdings sind im Gegenzug die Kosten für den deutschen Anrufer höher.

■ LD

2,7 Millionen Euro mehr für den Sport

Treptow-Köpenick profitiert

„Hier haben wir gut verhandelt und ich freue mich, dass wir damit unsere sozialdemokratische Handschrift in den Sporthaushalt einbringen konnten“, so Matthias Schmidt. „Nachdem die letzte schwarz-gelbe Bundesregierung im Sommer 2013 die Ansätze für die Spitzensportförderung noch deutlich kürzen wollte, kann der organisierte Sport unter unserer Regierungsbeteiligung nun aufatmen. Es gibt 2,7 Millionen mehr für den Sport – und das ist gut investiertes Geld!“

Von dem Bundestagsbeschluss werden unter anderem die Top-Team-Förderung, die Nationale Anti Doping Agentur (NADA) und in besonderem Maße auch der Behindertensport profitieren.

Deutlich mehr Unterstützung werden das Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES) in Treptow

-Köpenick und das Institut für angewandte Trainingswissenschaft (IAT) in Leipzig bekommen.

„Diese Steigerung war mir besonders wichtig, denn die Institute leisten eine hervorragende Arbeit“, so Matthias Schmidt. Die erhöhte Bundesförderung wird auch dafür verwendet, den Deutschen Behindertensportverband noch stärker in die wissenschaftliche Betreuung der Institute einzubeziehen. „Ich freue mich, dass der Deutsche Behindertensportverband nun auch von der exzellenten Fachkompetenz der sportwissenschaftlichen Institute profitiert. Das ist ein gutes Zeichen für die Inklusion im Sport und verbessert die Ausgangsbedingungen für Sportlerinnen und Sportler mit Behinderung deutlich. Und was den Behindertensport fördert ist auch gut für uns als Gesellschaft!“, lautet sein Resümee.

■ UW

Mehr Geld für die Städtebauförderung

Der SPD ist es bei den Haushaltsverhandlungen gelungen, mehr Geld für die Städtebauförderung durchzusetzen.

Mit der Anhebung der Städtebaufördermittel von 455 Millionen Euro in der 17. Wahlperiode auf 700 Millionen Euro jährlich in der 18. Wahlperiode wird eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages zu Beginn der Legislaturperiode im Haushaltsentwurf für 2014 umgesetzt. Dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion lange gekämpft. Bekanntermaßen besteht ein erheblicher Nachholbedarf, da die Mittel unter der schwarz-gelben Bundesregierung weit hinter dem Bedarf lagen.

Mit den 700 Millionen Euro wird nun ein Niveau an direkten Städtebauförderungsmitteln des Bundes erreicht, das den Investitionsbedarf für die vorrangigen städtebaulichen Investitionsprojekte in den Städten und Gemeinden abdeckt.

Von besonderer Bedeutung für die SPD-Bundestagsfraktion ist das Programm Soziale Stadt, um der Spaltung in arme und reichere Stadtteile entgegenzuwirken. Als Leitprogramm im Rahmen der Städtebauförderung wird die Soziale Stadt im Haushaltsentwurf mit 150 Millionen Euro des Bundes pro Jahr ausgestattet.

■ LD

Quiz

„Willy Brandt ans Fenster!“
Wann war der historische Besuch von Willy Brandt in Erfurt?

- a) 1953
- b) 1970
- c) 1985

Ihre Antwort per Mail an:
matthias.schmidt@bundestag.de

Unter den richtigen Antworten verlosen wir 2 x 1 Flasche Wein.

Einsendeschluss ist der 31. Juli 2014.

Unterstützung für das THW Ortsverband Treptow-Köpenick profitiert

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen ist es gelungen, die wichtige Arbeit des Technischen Hilfswerk zu stärken. Dies bedeutet auch mehr Geld für den Ortsverband Treptow-Köpenick, in dem mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich tätig sind.



Foto: THW / Stefan Mühlmann

„Ob bei uns in Treptow-Köpenick oder bei Notlagen in aller Welt. Das THW leistet ebenso schwierige wie wertvolle

Arbeit, die wir als Sozialdemokraten auch finanziell noch besser unterstützen wollen“, so Matthias Schmidt.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung am 5. Juni einem Antrag von SPD und CDU/CSU zugestimmt, dem THW noch für das laufende Jahr zehn Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Allein zwei Millionen Euro mehr werden an die ehrenamtlich getragenen THW-Gliederungen vor Ort gehen, in denen sich deutschlandweit rd. 80.000 Helferinnen und Helfern engagieren.

Für die Anschaffung neuer Fahrzeuge stellen die Koalitions-Haushälter weitere sieben Millionen Euro bereit und stärken die Aus- und Fortbildungskapazitäten des THW mit 920.000 Euro. Über immerhin 80.000 Euro mehr kann sich die Vereinigung der Helfer und Förderer des THW freuen.

■ LD

Mitspieler gesucht

Turnier am 30.8.

Matthias Schmidt und der Windworkers e.V. laden am 30. August 2014 ab 10:00 Uhr zum Sommerfußballturnier auf den Sportplatz „Willi Säger Sportanlage“ in der Köpenicker Landstraße 186 in Baumschulenweg ein.

Mannschaften und einzelne Mitspielerinnen und Mitspieler können sich ab sofort entweder unter der Rufnummer (030 / 53 60 99 50) oder per Mail (matthias.schmidt@bundestag.de) anmelden.

Matthias Schmidt, unter anderem im Sportausschuss, freut sich auf ein ereignisreiches Fußballturnier.

■ MT

Samstag, 30. August 2014,

ab 10:00 Uhr,

**Willi-Säger-Sportanlage
(Köpenicker Landstraße 186)**

Wo Hilfe nichts kostet Einladung zum Frühstück

Probleme mit dem Jobcenter? Der Bescheid unverständlich? Der Arbeitslosenverband kann vielleicht helfen.

Seid dem Jahr 2000 befindet sich die Geschäftsstelle Köpenick am Mandrella Platz 9. Die Projektleiterin Frau Bruchmann und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter helfen schnell, unkompliziert und kostenlos.

Beim monatlichen (Arbeitslosen)-Frühstück der SPD Oberschöneweide stellt Frau Bruchmann die Arbeit vor und beantwortet Fragen.

■ MB

Samstag, 12. Juli 2014,

ab 11:00 Uhr,

**SPD AnsprechBar
(Siemensstraße 15)**

Stromsparen leicht gemacht

Bis zu 150 Euro für einen neuen Kühlschrank

Bereits im April wurde von der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ein neues Tauschprogramm gestartet.

Bis zu 16.000 alte Geräte mit hohem Stromverbrauch sollen innerhalb von zwei Jahren durch moderne energiesparende Kühlgeräte ersetzt werden. Das Pilotprojekt startet bundesweit an zunächst 67 Standorten. In den nächsten Monaten sollen es rund doppelt so viele werden. Circa 5 Millionen Kilowattstunden Strom können damit pro Jahr eingespart werden.

Treptow-Köpenick gehört zu den ersten 67 Standorten. Wer hier wohnt, kann 150 Euro Zuschuss für einen neuen Kühlschrank erhalten. Ziel des Programmes ist es, dass auch Menschen, die wenig Geld haben, sich einen neu-

en Kühlschrank leisten können, der weniger Energie verbraucht. Voraussetzung für den Zuschuss ist der Bezug von Arbeitslosengeld II, Wohngeld oder Sozialhilfe. Der bisherige Kühlschrank muss mindestens 10 Jahre alt sein und mit dem Austausch muss eine Stromeinsparung von 200 Kilowattstunden pro Jahr erzielt werden.

"Stromspar-Check PLUS" wird in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Caritasverband und dem Bundesverband der Klimaschutz- und Energieagenturen Deutschlands organisiert.

Ansprechpartner in Treptow-Köpenick: Stefan Becker

Tel.: 66633-1220

Mail: s.becker@caritas-berlin.de .

■ JD

Kopfpauschale wird abgeschafft

Nun zählt wieder das individuelle Einkommen

Der Bundestag hat am 5. Juni das GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz beschlossen.

Einkommensabhängige Zusatzbeiträge statt kleine Kopfpauschale

Der Kern des Gesetzes besteht darin, dass zum 1. Januar 2015 der paritätisch finanzierte Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) von 15,5% auf 14,6% in dieser Wahlperiode gesenkt wird. Damit zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber künftig jeweils 7,31%. Ein wichtiger Erfolg der SPD-Fraktion ist die Abschaffung der einkommensunabhängigen kleinen Kopfpauschale. Auch der bisher von den gesetzlich Versicherten zu zahlende Sonderbeitrag in Höhe von 0,9% Beitragssatzpunkten soll entfallen. Wenn eine Kasse mit dem Beitragssatz von 14,6% finanziell nicht zurechtkommt, kann sie von den Versicherten einen kassenindividuellen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben.

Die durchschnittlichen Einkommen der gesetzlich Versicherten unterscheiden sich stark. Demnach müssten die Krankenkassen mit überdurchschnittlich verdienenden Mitgliedern beim gleichen Finanzierungsbedarf einen geringeren einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben als Krankenkassen mit unterdurchschnittlich verdienenden Mitgliedern. Um dies zu vermeiden sieht das Gesetz einen vollständigen Einkommensausgleich zwischen den Krankenkassen vor. So sollen Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden und es wird sichergestellt, dass sich der Wettbewerb an den Bedürfnissen der Versicherten orientiert und sich die Krankenkassen um eine wirtschaftliche und qualitativ hochwertige Versorgung

bemühen. Die Versicherten können, wenn sie den Zusatzbeitrag nicht bezahlen wollen, über ein Sonderkündigungsrecht die Krankenkasse wechseln.

Wo gibt es die beste Behandlung?

Des Weiteren soll ein neues „Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen“ verständliche und verlässliche Kriterien für den Behandlungserfolg entwickeln und messen. Die Patientinnen und Patienten werden hierdurch bei der Entscheidung zu ihrer medizinischen Versorgung unterstützt. Sie können sich dort behandeln lassen, wo die besten Behandlungserfolge beim entsprechenden Krankheitsbild erzielt werden.



Foto: Matthias Schmidt

Stärkung der Patientenberatung

Zum 1. Januar 2016 soll die Fördersumme für die Unabhängige Patientenberatung Deutschlands (UPD) von rund 5,6 Millionen auf 9 Millionen Euro aufgestockt werden. Mit der Erhöhung der Fördersumme lassen sich sowohl die Personalressourcen, z. B. für die telefonische Beratung, als auch die Anzahl der Beratungsstellen ausweiten. Die Beratungsstellen der UPD beraten bis zu 80.000 Patientinnen und Patienten im Jahr. Die kostenlose Beratungshotline 0800 011 77 22 ist täglich von 10 bis 18 Uhr zu erreichen.

■ LD

Kontakt



Matthias Schmidt, MdB

Wahlkreisbüro Schmidts Ekke

Ekkehardstraße 1
12437 Berlin-Baumschulenweg
Telefon: 030 53 60 99 50
Fax: 030 53 60 99 49

Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

Wahlkreisbüro

Rathaus Friedrichshagen

im Grünen Haus
Bölschestraße 87/88
12587 Berlin-Friedrichshagen
Telefon: 030 22 01 38 11

Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 48 33
Fax: 030 22 77 68 35

matthias.schmidt@bundestag.de
www.matthias-schmidt.berlin

Sie wollen die **Wahlkreiszeitung** per Mail erhalten? Schreiben Sie eine Mail an **matthias.schmidt@bundestag.de** und wir nehmen Sie in den Verteiler auf.